

Ressort: Politik

Bundeswirtschaftsministerium warnt vor gemeinsamen Euro-Anleihen

Berlin, 09.04.2017, 18:01 Uhr

GDN - Das Bundeswirtschaftsministerium hat vor EU-Plänen für gemeinsame Anleihen der Euro-Staaten, sogenannte Sovereign Bond Backed Securities (SBBS), gewarnt. Es "besteht die Gefahr, dass der Vorschlag implizit doch zu einer Vergemeinschaftung von Risiken führt", heißt es in einem achtseitigen Papier des SPD-geführten Ministeriums, welches dem "Handelsblatt" (Montagsausgabe) vorliegt.

Die EU-Kommission arbeitet derzeit an einem Vorschlag für solche Anleihen, die auch European Safe Bonds (ESBies) genannt werden. Dabei werden Staatsanleihen europäischer Staaten gebündelt und verbrieft, was Euro-Krisenstaaten die Schuldenaufnahme erleichtern und so die gesamte Euro-Zone stabilisieren soll. Ende Mai will die EU-Kommission einen Vorschlag präsentieren. Die Beamten von Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) schreiben zwar, die neuen Anleihen könnten "das Finanzsystem langfristig deutlich stabiler machen". Allerdings sei "nicht gesichert, ob sich die neuen Wertpapiere zu angemessenen Konditionen absetzen lassen". Falls dies nicht der Fall sei, "könnten sich der Europäische Rettungsschirm ESM und die Europäische Zentralbank genötigt sehen, als Käufer tätig zu werden, um eine Krise vom europäischen Bondmarkt abzuwenden". In dem Papier analysiert das Ministerium auch weitere Anleihe-Konzepte für die Währungsunion. Sowohl von so genannten "Accountability Bonds" wie von "Blue- und Red-Bonds" verspricht sich das Ministerium wenig. Von Accountability-Bonds sei kurzfristig "keine Finanzmarktstabilisierung der Euro-Zone zu erwarten". Ob Blue- und Red-Bonds "insgesamt zu einer günstigeren Finanzierung führt, ist unklar". Anders sei es bei einer Schaffung einer so genannten europäischen Fiskalkapazität. Dieser Vorschlag "würde eine effektive Stabilisierung ermöglichen". Allerdings würde er "eine politisch nicht einfach darzustellende Vergemeinschaftung nach sich ziehen".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-87795/bundeswirtschaftsministerium-warnt-vor-gemeinsamen-euro-anleihen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com